

Spanien, Juli 1936: Faschismus oder soziale Revolution

DANIEL MINVIELLE

Redaktionelle Vorbemerkung

Wir geben im Folgenden den von uns aus dem Französischen übersetzten und redaktionell bearbeiteten Text Daniel Minvilles wieder. Er ist ursprünglich unter dem Titel „Espagne Juillet 1936: fascisme ou révolution sociale“ von unseren französischen Genoss:innen in der Zeitschrift *L'Anticapitaliste*, Nr. 78 von Juli 2016, veröffentlicht worden.

H. N., 5. August 2026.

Vor 90 Jahren, am 17. Juli 1936, versuchte ein Militärputsch, die republikanische Regierung der „Frente Popular“ zu stürzen. Bereits am 18. Juli gingen in Barcelona, Madrid und vielen anderen Städten die Arbeiter:innen auf die Straße, stellten sich dem Militär entgegen, besetzten die Kasernen und setzten dem „Pronunciamiento“ ein Ende. Eine soziale Revolution begann ...

Während sich der folgende Bürgerkrieg zwischen den Lagern der „Republikaner“ und der „Faschisten“ über fast drei Jahre hinzog, hatte die seit Anfang der 1930er Jahre in Spanien bestehende revolutionäre Situation eine neue Stufe erreicht.

Explosives sozioökonomisches und politisches Umfeld

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war Spanien – abgesehen vom Baskenland und Katalonien – kaum industrialisiert. Zwei bis drei Millionen Arbeiter waren in den Fabriken, im Öffentlichen Dienst und in den Bergwerken von Asturien und Andalusien beschäftigt. Der Großteil der Bevölkerung lebte von einer archaischen Landwirtschaft, die von Großgrundbesitzern mit riesigen Ländereien ausgebeutet wurde. Die herrschende Klasse umfasste sowohl vor allem Großgrundbesitzer und einige Industriekapitalisten als auch Finanziers. Sie investierte in Banken, Industrien sowie in spekulative Finanz- und Grundstücksgeschäfte.

Doppelt parasitär, royalistisch und extrem konservativ klammerte sie sich umso mehr an ihre Privilegien, je mehr eine chronische politische Krise das Land erschütterte. Sporadische Aufstände auf dem Land wurden von der Guardia Civil ebenso blutig niedergeschlagen wie Generalstreiks, die ganze Städte lahmlegten.

Zwei Gewerkschaftsbünde organisierten die Arbeiter- und Bauernbewegung: die CNT, eine anarcho-syndikalistische Gewerkschaft, die der FAI (Iberische Anarchistische Föderation) angehörte, und die UGT (Allgemeine Arbeiterunion), die mit der PSOE (Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens) verbunden war.

Die Bourgeoisie konnte auf die unerschütterliche Unterstützung des Klerus und der Armee zählen. Die katholische Kirche, die Hüterin der Staatsreligion, kontrollierte das Bildungswesen. Sie war eine der größten Grundbesitzerinnen und eine der größten Anteilseignerinnen an Banken und Bergwerken. Das Offizierskorps, Zufluchtsort für „Papa-Söhne“ der Oligarchie, hatte sich auf Militär-

putsche spezialisiert. Der jüngste „Pronunciamiento“ brachte 1923 neben dem Marionettenkönig Alfons XIII. den General Primo de Rivera an die Macht. Er war ein Diktator, der seine Befehle von den „Beratern des Königs“ entgegennahm, den Vertretern der obersten Schichten der Oligarchie.

Dieses Regierungsduo ließ die unteren Bevölkerungsklassen die Kosten für einen mageren wirtschaftlichen Aufschwung tragen. Doch mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 brach die Auslandsnachfrage nach Agrar- und Bergbauprodukten ein. Es kam zur Rezession, zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit und zu wachsenden sozialen Unruhen, die alles zu zerstören drohten.

Im Januar 1930 gab die Oligarchie nach und „entließ“ Primo de Rivera. Sein Nachfolger versuchte, das „einfache Volk“ mit einer Verfassungsreform zu besänftigen. Vergeblich. Die Machthaber organisierten daraufhin Kommunalwahlen und setzten darauf, dass sie in den ländlichen Gebieten, die als unter dem Einfluss der Priester stehend galten, den Sieg davontragen. Doch es waren die republikanischen und sozialistischen Listen, die die Nase vorn hatten. Die Spitzen des Staates berieten sich, und am 14. April 1930 fiel die Entscheidung: Alfons XIII. packte seine Koffer, die Republik wurde ausgerufen.

Sofort wurde eine provisorische Regierung der „nationalen Einheit“ gebildet. Ihr gehörten zwei Monarchisten an, darunter Zamora als Präsident, ein liberaler Bankier aus Barcelona, Olwer, ein linker republikanischer Intellektueller, Manuel Azaña, sowie drei Sozialisten, darunter Francisco Largo Caballero, Generalsekretär der UGT. Die Wahlen zu den verfassungsgebenden Cortes [Versammlungen] bestätigten im Juni 1930 die von den Republikanern und Sozialisten bei den Kommunalwahlen errungene Mehrheit.

April 1931: „la bella niña“ und die soziale Revolution

Die Ausrufung der Republik wurde von der Bevölkerung mit großer Begeisterung aufgenommen. Man nannte sie „la bella niña“, das

schöne Kind ... Doch die Revolution erfolgte nur an den Wahlurnen, weil die spanische Bourgeoisie Todesangst vor einer echten Revolution hatte und der Volksrevolte ein Ventil bieten wollte. An den Widersprüchen, die die Gesellschaft untergraben und die die Republik auf keinen Fall lösen konnte, hatte sich nichts geändert.

Indem die spanische Bourgeoisie die Phase der industriellen Entwicklung „übersprang“, um direkt zur Phase des Finanzparasitismus überzugehen, hatte sie die Aufgaben der demokratischen Revolution (Agrarreform, Säkularisierung des Staates ...) auf der Strecke gelassen. Sie lehnte diese Reformen, die ihre unmittelbaren Interessen berührten, vehement ab.

Im Baskenland und in Katalonien, wo sie eine gewisse Präsenz hatte, forderte die Industriebourgeoisie Unabhängigkeit, um sich aus den feudalen Überresten des Zentralstaates befreien zu können. Wie im Russland von 1917 oblag es den Arbeiter- und Bauernmassen, die Aufgaben der demokratischen Revolution zu vollenden. Doch das erforderte, den Weg bis zum Ende zu gehen, hin zur Errichtung ihrer eigenen Klassenherrschaft auf den Trümmern der bürgerlichen Republik, dieser neuen Form der Herrschaft der Bourgeoisie. Die soziale Revolution stand also auf der Tagesordnung.

Trotsky vertrat diese These bereits seit 1930 in verschiedenen Schriften, insbesondere in seinem Briefwechsel mit Andrés Nín, dem Führer der „trotskistischen“ Linken Opposition in Spanien. Es war Trotsky zufolge dringend notwendig, sich auf die schwierige Aufgabe der Führung dieser Revolution vorzubereiten und dabei die Fallen sowohl des „Legalismus“ als auch des „Abenteuertums“ zu vermeiden. Denn diese würden zur Massakrierung der aufständischen, aber unorganisierten Massen führen.

Trotsky warnte: „[E]ine unmittelbare Gefahr droht der proletarischen Revolution in Spanien seitens der heutigen Leitung der Kommintern. Jede Revolution, auch die vielversprechendste, kann zu Grunde gerichtet werden: das hat die Erfahrung der deutschen Revolution von 1923 bewiesen, aber noch greller die Erfahrung der chinesischen Revolution von 1925-27. In beiden Fällen war die unmittelbare Ursache des Zusammenbruchs die falsche Leitung.“ [Leo Trotsky, „Die Spanische Revolution und die ihr drohenden Gefahren“; in: Ders., *Revolution und Bürgerkrieg in Spanien*, Köln 2016, S.114 f.,]

Die Republik zwischen zwei Fronten

Sofort entbrannte ein Konflikt zwischen der Regierung und den herrschenden Klassen über einige wenige Reformen, die die Regierung auf den Weg brachte: soziale Absicherung für die Kleinbauern, ein Sonderstatus für Katalonien, eine scheinbare Agrarreform ... Ein Dekret, das den Zwang für Familien aufhob, ihre Kinder in den Religionsunterricht zu schicken, brachte das Fass zum Überlaufen. Die Kirche rief zum Sturz dieser „provisorischen Republik“ auf, um zum „altbekannten Spanien“ zurückkehren zu können. Die antiklerikale Jugend schlug zurück, Kirchen und Klöster gingen in Flammen auf. Die Regierung entzog der Kirche ihren Status als Staatsreligion. Die Minister der Rechten traten zurück.

In den unteren Bevölkerungsklassen wichen die durch den Regierungsantritt der „bella niña“ geweckten Hoffnungen sehr schnell der Wut. Auf Initiative der CNT gab es vermehrt Aufstände auf dem Land und Streiks in den Fabriken. Sie wurden von der Regierung hart niedergeschlagen. Unter dem Vorwand, die Republik gegen ihre rechten Feinde zu verteidigen, kam ein ganzes Arsenal von Maßnahmen gegen militante Arbeiter zum Einsatz.

Sozialistische Minister und Führungskräfte sahen sich mit dem Aufstand ihrer Basis konfrontiert. Er wendete sich gegen eine Regierung, die nicht nur unfähig war, auch nur die geringsten Antworten auf soziale und demokratische Fragen zu geben, sondern auch die

Arbeiterbewegung mit aller Härte unterdrückte. Schließlich ließen sie die Republikaner im Stich, die die Kommunalwahlen von 1933 verloren. Im Oktober löste Präsident Zamora die Cortes auf. Sozialisten und Republikaner traten bei den Parlamentswahlen im November getrennt an, so dass die in der CEDA (Spanischer Verband der autonomen Rechten) zusammengeschlossene Rechte siegen konnte, zumal der Aufruf der CNT zur Wahlenthaltung Rekordwerte erreichte.

Rückkehr zum „starken Staat“: das „bienio negro“

Im April 1931 hatte sich die Bourgeoisie für die Republik in der Hoffnung entschieden, dass diese die Begeisterung der Bevölkerung dämpfen würde. Danach begann sie jedoch sehr schnell wieder, auf die Rückkehr eines „starken Staates“ hinzuwirken. Bereits im August 1932 versuchte ein General namens Sanjurjo einen „Pronunciamiento“, der jedoch sofort durch den breiten Widerstand von unten vereitelt wurde. Diese Lektion zeigte Wirkung, denn ein Teil der Führer der reaktionären Rechten wandte sich einer anderen Option zu – dem Faschismus.

Dies war der Fall beim Gründer der CEDA, Gil Robles, einem Bewunderer Mussolinis. Er beabsichtigte, durch Wahlen an die Staatsführung zu gelangen. Der Erfolg bei den Parlamentswahlen schien ihm diese Chance zu bieten. Doch der monarchistische Präsident Zamora war durch das Scheitern Sanjurjos vorsichtig geworden. Er fürchtete den Widerstand der Bevölkerung, zumal Hitlers Machtantritt die Wachsamkeit der spanischen Arbeiterbewegung erhöht hatte.

Zamora übergab Gil Robles und ernannte einen gewissen Lerroux, einen korrupten „radikalen“ Bourgeois, zum Regierungschef des neuen Kabinetts, in der kein einziges Mitglied der CEDA vertreten war. Es begann eine Zeit der Reaktion – des „bienio negro“, der „zwei schwarzen Jahre“. Die Agrarreform wurde gestoppt. Die Kirche erhielt ihre Vorrechte zurück und bekam enorme „finanzielle Entschädigungen“. Katalonien und das Baskenland verloren ihre Autonomie.

Die Arbeiterallianz und die Kommune von Asturien

Viele Aktivisten der Arbeiter- und Bauernorganisationen, darunter auch Mitglieder der PSOE und der UGT, die durch die zweitweise Regierungsbeteiligung ihrer Partei tief radikalisiert worden waren, wurden sich der sich nun aufdrängenden politischen Alternative bewusst. Sie kam in der Losung „soziale Revolution oder Faschismus“ zum Ausdruck, die von den Genoss:innen der Izquierda Comunista (Kommunistische Linke, die neue Bezeichnung für die Linke Opposition in Spanien) verbreitet wurde.

Der faschistischen Bedrohung setzten sie die Bildung einer „Einheitsfront“ der Arbeiterorganisationen entgegen. Ihre Politik konkretisierte sich in der Arbeiterallianz. Sie wurde im Dezember 1933 in Katalonien auf Initiative der Izquierda Comunista und des BOC (dem Arbeiter- und Bauernblock) gegründet. Generalsekretär des BOC war Maurín, ein 1930 aus der PCE ausgeschlossenes Leitungsmitglied. Der Arbeiterallianz traten zudem der radikalisierte linke Flügel der PSOE und der UGT, die Sozialistische Jugend sowie einige anarchistische Organisationen bei.

Die Bewegung für die Arbeiterallianz breitete sich auf Madrid, Valencia und die Region Asturien aus. Die PCE schloss sich ihr im September 1934 an. Seitens der CNT trat lediglich deren asturische Organisation dem Bündnis bei.

Ein Führer der Allianz schrieb: „Die Realität der faschistischen Bedrohung in Spanien hat die Frage der Vereinigung des revolutionären Proletariats ernsthaft aufgeworfen. Statt sich auf ein rein defensives Agieren zu beschränken, geht es jetzt darum, Aktionen von

größerer Wirkmacht und radikalerer Ausrichtung zu ermöglichen. Da sich die derzeit einzig mögliche Politik auf die Alternative Faschismus oder soziale Revolution konzentriert, ist es unerlässlich, dass die Arbeiterkräfte eine Front aus Granit bilden.“

Die Arbeiterallianz wurde schon bald auf die Probe gestellt. Am 1. Oktober 1934 traten drei Mitglieder der CEDA in die Regierung ein. Die UGT und die Arbeiterallianz reagierten darauf mit dem Aufruf zum Generalstreik. Die CNT hielt sich, außer in Asturien, zurück. Das führte dazu, dass der Aufruf nur in wenigen Städten befolgt wurde und seine Wirkung schnell wieder verpuffte.

In Asturien hingegen hatte die Arbeiterallianz den Aufstand vorbereitet. Bereits ab dem 5. Oktober besetzten bewaffnete Bergleute Städte und Dörfer. Die Hauptstadt Oviedo wurde eingenommen. Die Arbeiter organisierten das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben. Doch die Asturische Kommune war angesichts der Repression isoliert. Die Bergleute leisteten – mangels anderer Waffen mit Dynamit – erbitterten Widerstand gegen die Regierungstruppen. Das Militär konnte erst am 18. Oktober den Aufstand niederschlagen. 3.000 Menschen wurden getötet und 7.000 verletzt. 30.000 Personen wurden inhaftiert.

Von der Einheitsfront zur Volksfront

Für Trotzki stellte die Niederlage in Asturien die Taktik der Einheitsfront nicht in Frage. Sie bestätigte für ihn vielmehr, wie wichtig der Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse angesichts einer Offensive der Bourgeoisie ist – ebenso wie der Aufbau einer revolutionären Führung, die während des Generalstreiks so bitter fehlte.

Dieser Kampf, dessen beide Aspekte untrennbar miteinander verbunden sind, musste von der Izquierda Comunista geführt werden. Doch sie war zahlenmäßig schwach und hatte kaum Verbindungen zu den Massen. Deshalb hatte Trotzki bereits im Juli 1934 die Partei von Nín dazu gedrängt, der PSOE beizutreten.

Letztere, insbesondere ihr linker Flügel und ihre Jugend, hatte sich im Laufe der Jahre der Regierungsbeteiligung tiefgreifend gewandelt und revolutionären Ideen zugewandt. Für die Jungsozialisten waren die Führer der Izquierda Comunista „die besten Marxisten Spaniens“. Ein Beitritt zur PSOE hätte letzteren ermöglicht, tausenden junger sozialistischer Aktivisten die politischen Antworten zu geben, die sie suchten. So hätten sie politischen Einfluss gewinnen und sich als Führung in der politischen Auseinandersetzung und der demokratischen Debatte bewähren können.

Die Izquierda Comunista antwortete Trotzki erst im September 1934 und sagte Nein zum Eintritt in die PSOE. Die Sozialistische Jugend schloss sich letztlich 1936 der PCE an.

Im Oktober 1935 vereinigte sich fast die gesamte Izquierda Comunista, darunter auch Nín, mit dem BOC von Maurín und gründete die POUM (Arbeiterpartei der Marxistischen Vereinigung). Nur eine Handvoll Aktivisten blieb an der Seite Trotzki, der politisch mit Nín brach. Trotzki hielt den Zusammenschluss mit einer Organisation, die die Izquierda Comunista wegen ihrer „katalanistischen“ Tendenzen und der Unklarheit ihres Programms immer wieder kritisiert hatte, für völlig falsch. Dies umso mehr, als die zugespitzte Lage im Gegenteil größte politische Klarheit erforderte. Denn eine neue politische Grundströmung machte sich bemerkbar.

Angesichts der Bedrohung nach Hitlers Sieg 1933 in Deutschland vollzog die stalinistische Bürokratie im August 1935 eine Kehrtwende um 180 Grad: Abrupte Beendigung des sektiererischen und „ultralinken“ Kurses, währenddessen die Sozialisten als „Sozialfaschisten“ beschimpft wurden, und stattdessen Beginn einer Politik der ausgestreckten Hand gegenüber den „Demokratien“, um sich mit „Volksfronten“ dem Faschismus entgegenzustellen. Dieses Bekenntnis

der stalinistischen Führung, Bündnisse mit Vertretern der Bourgeoisie einzugehen, konnte nur eines bedeuten: nämlich die Zusage, sich jeder Revolution zu widersetzen.

In Spanien folgten die etablierten Arbeiterparteien dieser Orientierung und schlossen ein Wahlbündnis mit den bürgerlichen Republikanern. Die Vereinbarung für die Wahlen zu den Cortes wurde am 15. Januar 1936 unterzeichnet. Im Bündnis vereint waren drei bürgerlich-republikanische Parteien, die PSOE, die JS, die UGT, die PCE, die Syndikalistische Partei (entstanden aus einer Abspaltung der CNT-FAI) – und die POUM. Dieselbe grundlegende Orientierung, die die Izquierda Comunista zur POUM getrieben hatte, führte sie nun in die „Frente Popular“.

Nín argumentierte, eine Nichtteilnahme hätte bedeutet, „sich von den Massen abzuschneiden“. Darauf antwortete Trotzki: „Die Wahltaktik kann nicht eine verräterische Politik rechtfertigen, die in der Aufstellung eines *gemeinsamen* Programms mit der Bourgeoisie besteht.“ [L. Trotzki, „Der Verrat der Arbeiterpartei der Marxistischen Vereinigung“; in: *Revolution und Bürgerkrieg*, S. 237.] Ein Programm, das sich an das der republikanischen Regierung von 1931 anlehnte: Wiederaufnahme der Agrarreform, Rückkehr zur Autonomie für das Baskenland und Katalonien, dazu das Versprechen, inhaftierte Aktivisten freizulassen, darunter 30.000 Bergarbeiter aus Asturien.

16. Februar - 16. Juli 1936: Die Republik der „Frente Popular“

Das Wahlbündnis gewann die Wahlen vom 16. Februar 1936. Die neue Regierung, die von der PSOE und der PCE unterstützt wurde, bestand ausschließlich aus Republikanern. Die Massen ergriffen die Initiative und öffneten die Gefängnisse, ohne auf die Dekrete zur Freilassung der politischen Gefangenen zu warten. Bauern besetzten das Land. In Madrid betrieben die Straßenbahnangestellten den Verkehr auf eigene Faust.

Bei den Zusammenstößen zwischen faschistischen Banden und bewaffneten Arbeiterorganisationen gab es täglich Tote. Anfang Juli erschossen Mitglieder einer faschistischen Gruppe einen Militärausbilder der JS, einen Offizier der Sturmtruppen. Mit ihm befreundete Angehörige der Sturmtruppen richteten den Anführer der Gruppierung, Calvo Sotelo, einen bekannten Bewunderer Mussolinis, hin.

Das war der Auslöser für einen Militärputsch, der seit Monaten unter der Führung einiger Generäle, darunter Franco, vorbereitet worden war. Der Aufstand begann am 17. Juli in Marokko und griff auf die Garnisonen in verschiedenen Städten Spaniens über. Am Morgen des 19. Juli trat die Regierung zurück: Die Republik beugte sich dem Gewaltstreik der Generäle.

Doch die Arbeiterorganisationen waren sich der tödlichen Gefahr, die ihnen drohte, sehr wohl bewusst. Die CNT und die UGT riefen zum Generalstreik auf. In mehreren Städten, darunter Barcelona, Madrid und Valencia, mobilisierten sich die Arbeiter:innen, gingen auf die Straße, stellten sich der militärischen Rebellion entgegen und konnten sich durchsetzen. Am Abend des 20. Februar war es den Putsch-Generälen nur gelungen, die Kontrolle über ein Drittel des Staatsgebiets zu erlangen. Die Kriegsmarine befand sich jedoch in den Händen der gegen die Putschisten meuternden Matrosen.

Bürgerkrieg und soziale Revolution

Der Militärputsch scheiterte zwar am Widerstand von unten, doch es begann ein Bürgerkrieg, der fast drei Jahre andauern sollte. Die Armee, unterstützt von faschistischen Banden wie der Falange, verbreitete Terror. Sie erhielt massive Hilfe in Form von Material und Truppen aus Nazi-Deutschland und dem faschistischen Italien.

Ihr standen die Milizen der Arbeiterorganisationen gegenüber, in de-

nen sich die der Republik treu gebliebenen Truppen aufgelöst hatten. Schlecht bewaffnet, untrainiert und ohne zentrales Kommando erhielten sie keinerlei Hilfe von den westlichen „Demokratien“, die eine heuchlerische „Nichteinmischung“ vertraten. Für die „Hilfe“ der stalinistischen UdSSR zahlte der antifaschistische Widerstand einen extrem hohen Preis.

Der wichtigste Trumpf des „antifaschistischen“ Lagers lag in der Entschlossenheit und Selbstaufopferung der Arbeiter und Bauern, die diese seit Jahren schlummernde und nun gerade ausgebrochene soziale Revolution verteidigten. Insbesondere in Barcelona traten bewaffnete Arbeiter:innen an die Stelle der Staatspolizei. Komitees übernahmen die Versorgung. Die Betriebe liefen unter der Kontrolle der Arbeiter:innen weiter. Die Milizen von Barcelona befreiten Aragonien, halfen den Bauern bei der Landnahme und ihrer Organisation.

Die spanische Revolution war mit einer Vielzahl von zu beantwortenden Fragen konfrontiert, darunter der entscheidenden Frage nach der Macht. Bereits ab dem 20. Juli 1936 koexistierten im „antifaschistischen“ Lager die Überreste der bürgerlichen Republik und die sich gerade herausbildende Macht der Arbeiter:innen.

Der Erfolg oder das Scheitern von Revolutionen entscheidet sich daran, wie solche Situationen der Doppelherrschaft gelöst werden: Sieg der Konterrevolution oder Sieg der Revolution. Doch die spanische Revolution sah sich zwei Gegnern gegenüber: der faschistischen Bedrohung natürlich, aber auch der „republikanischen Macht“. Letztere wurde von den Stalinisten unterstützt. Unter dem Vorwand, dass die Einheit der Republik Voraussetzung für den Sieg im Krieg gegen Franco sei, unternahmen sie alles, um die Revolution zu zerschlagen.

Die Verteidigung der Revolution setzte zwangsläufig voraus, sich auf die Konfrontation mit den republikanischen Parteien und ihren Verbündeten PSOE und PCE vorzubereiten. Doch die Führung der einflussreichsten revolutionären Organisation, der libertären CNT-FAI, war sich dieser überlebenswichtigen Notwendigkeit gar nicht bewusst. Sie ging davon aus, dass der republikanische Staat, dem sie Minister stellten, dazu dienen könne, die Revolution anzuführen.

Die marxistische POUM erkannte die Herausforderungen und brachte dies in ihren Schriften zum Ausdruck. Doch sie erwies sich als unfähig, den notwendigen politischen Kampf zu führen und der CNT wie der UGT, die Führung der revolutionären Bewegung streitig zu machen. Zudem versagte sie darin, dieser Bewegung zu helfen, ihre Strukturen der Selbstorganisation aufzubauen und sie auf die Konfrontation mit der republikanischen Staatsmacht vorzubereiten. Stattdessen trat Nín im September 1936 in die Regierung der Generalitat von Katalonien ein, bevor er zwei Monate später unter stalinistischem Druck aus ihr vertrieben wurde.

Die Republikaner, die PCE und die PSOE hatten sich ihrerseits ganz bewusst für die Wiederherstellung der bürgerlichen Staatsmacht eingesetzt. Die PCE, die zu Beginn der 1930er Jahre noch eine kleine, einflusslose Partei war, nutzte die reformerische Politik der Volksfront, um sich weiterzuentwickeln. Mit der Unterstützung des stali-

nistischen Apparats, der im Rahmen der militärischen Hilfe Stalins für die Republik aufgebaut worden war, und gestärkt durch die Präsenz der von der Kommunistischen Internationale rekrutierten Internationalen Brigaden, war sie es, die die Drecksarbeit verrichten sollte.

Im Namen der „Effizienz“ wurden die Milizen der POUM und der CNT gezwungen, sich in die offizielle Armee zu integrieren. In den Städten trat die Staatspolizei an die Stelle der Arbeitermilizen. Die Betriebe wurden ihren Eigentümern zurückgegeben, die landwirtschaftlichen Genossenschaften zerschlagen. Die Verteidiger der Revolution wurden der Kollaboration mit den Faschisten beschuldigt. Während in der UdSSR die Moskauer Schauprozesse stattfanden, aufgrund derer die alten Revolutionäre ermordet wurden, schrieb die *Prawda*, das Parteiorgan der KPdSU: „In Spanien hat die Liquidierung der Trotzkisten und Anarchisten begonnen. Sie wird mit derselben Entschlossenheit durchgeführt werden wie in der Sowjetunion.“

Doch die Revolutionäre weigerten sich, nachzugeben. Die Republik brauchte Monate, um sie zu besiegen. Den entscheidenden Angriff starteten die Stalinisten im Mai 1937, als sie in Barcelona versuchten, die von Aktivist:innen der CNT und der UGT kontrollierte Telefónica (die Telefonzentrale) gewaltsam zu übernehmen. Als die Nachricht von dieser Provokation bekannt wurde, errichteten die Arbeiter:innen in Barcelona Barrikaden, und Kolonnen der CNT und der POUM verließen die Front, um sie unterstützen. Doch zum Kampf kam es nicht: Garcia Oliver und Federica Montseny, zwei anarchistische Minister, eilten aus Valencia herbei, um die Arbeiter davon zu überzeugen, die Waffen niederzulegen. Damit ließen sie der Konterrevolution freie Hand.

Die POUM wurde verboten und ihre Führer wegen „Komplizenschaft mit den Faschisten“ inhaftiert. Nín und andere Genossen wurden in stalinistischen Geheimgefängnissen gefoltert und ermordet. Die anarchistischen Minister blieben jedoch in der Regierung ...

Indem sie die Revolution entwaffnete, die Staatsmacht wiederherstellte und die Fabriken und Ländereien an ihre früheren Besitzer zurückgab, schnitt sich die Republik von den arbeitenden Klassen ab, die Francos Putsch vereitelt hatten. Damit verurteilte sie sich selbst zum Untergang. Ende März 1939 errichtete Franco eine Diktatur, die die spanische Mehrheitsbevölkerung bis zu seinem Tod im Jahr 1975 unterdrückte und alles zerstörte, was von den Arbeiterorganisationen noch übrig war.

Chronologie

Januar 1930: Sturz des Diktators Primo de Rivera.

April 1931: Sturz von Alfons XIII., Ausrufung der Zweiten Republik.

November 1933: Wahlsieg der Rechten.

Oktober 1934: Arbeiteraufstand in Asturien.

Februar 1936: Wahlsieg der „Frente Popular“.

Juli 1936: Faschistischer Putsch, Arbeiterwiderstand.

Mai 1937: Stalinistische Unterdrückung der Revolution in Barcelona.

März 1939: Niederlage der Republik. ■



Impressum:

ISO Rhein-Neckar

Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Fon/Fax: +49 (0) 621/429 481 54

Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

